

Ressort: Finanzen

Einzelhandel kann Stellenabbau wegen Mindestlohn nicht ausschließen

Berlin, 19.11.2014, 09:17 Uhr

GDN - Deutschlands Einzelhändler könnten nach der Einführung des flächendeckenden Mindestlohns im kommenden Jahr Stellen abbauen: "Ich kann nicht ausschließen, dass es Rückgänge geben wird", sagte Josef Sanktjohanser, Präsident des Handelsverbands Deutschland (HDE), der "Welt". Das zeige eine aktuelle Umfrage bei den eigenen Mitgliedern.

In den vergangenen fünf Jahren habe der Einzelhandel ganz massiv Stellen aufgebaut - von deutlich unter drei Millionen Beschäftigten auf heute deutlich über drei Millionen. "Mittlerweile aber herrscht fast überall ein Einstellungsstopp", sagte Sanktjohanser, der die Einführung des Mindestlohns in der Vergangenheit schon als "Katastrophe für den Handel" bezeichnet hatte. Die aktuelle Lage der Branche dagegen bezeichnete der frühere Rewe-Vorstand als gut. "Die Verbraucher spüren die eingetrübte gesamtwirtschaftliche Lage in ihrem täglichen Leben nicht. Also ist das Konsumklima weiterhin intakt", sagte Sanktjohanser. Seiner Ansicht nach könnten die Einzelhandelsumsätze daher die bisherige Prognose übertreffen. Zwar hatte der HDE erst jüngst seine Vorhersage von 1,5 Prozent Wachstum auf 1,8 Prozent erhöht. "Nichtsdestotrotz kann ich nicht ausschließen, dass wir die 1,8 Prozent am Ende noch übertreffen werden", sagte der Verbandschef im Vorfeld des Deutschen Handelskongresses in Berlin. Ungeachtet dessen steckt die Branche Sanktjohanser zufolge in einem tiefgreifenden Strukturwandel, der noch zu massiven Problemen führen könnte. Verantwortlich dafür seien die unterschiedlichen Voraussetzungen für stationäre Händler und Onlineanbieter. "Dadurch entsteht insbesondere für die Besitzer von kleinen Fachgeschäften ein Überlebenskampf, den sie praktisch nicht gewinnen können", kritisierte Sanktjohanser. "Hier muss die Politik eingreifen." Gemeint sei zum Beispiel das Thema Gewerbesteuer. Ladenbesitzer müssten seit einigen Jahren auch auf Mieten und Pachten Gewerbesteuer zahlen. "Das bedeutet, dass selbst in schlechten Jahren ohne Betriebsgewinn Steuern anfallen. Das ist eine ungleiche Belastung der stationären Händler gegenüber der Online-Konkurrenz, die dringend beseitigt werden muss." Darüber hinaus forderte Sanktjohanser eine Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten. "Stationäre Händler können nur verkaufen, wenn ihre Türen geöffnet sind. Sie dürfen die Türen aber nicht öffnen, wann sie wollen. Wir brauchen dringend einen neuen Umgang mit der Ladenöffnung. Alles andere entspricht nicht mehr den heutigen Lebensgewohnheiten." Selbst ein urkatholisches und erzkonservatives Land wie Polen habe keine Ladenschlussgrenzen mehr. Die Gegenrede der Kirche ziehe also nicht mehr. Und mit dem Schutz der Arbeitnehmer müsse ihm auch keiner kommen. "Viele Mitarbeiter wollen in den Abendstunden arbeiten, weil sie dann hohe Zuschläge bekommen." Wenn sich nichts ändert, seien die Folgen dramatisch. "Dann veröden die Innenstädte. Bis 2020 könnten in Folge des Strukturwandels 50.000 Standorte vom Markt verschwinden", sagte Sanktjohanser.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-44852/einzelhandel-kann-stellenabbau-wegen-mindestlohn-nicht-ausschliessen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168

Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com